



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 68

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Elektrotechnik der Fachhochschule Lausitz

(in der Fassung vom 12.02.2002)

DIE PRÄSIDENTIN

19.03.02

Auf Grund des § 13 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 20. Mai 1999 hat der Fachbereichsrat in seiner Sitzung am 12. Februar 2002 die folgende Diplomprüfungsordnung beschlossen:

I n h a l t

Seite

I. Allgemeines

§ 1	Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung	3
§ 2	Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad	3
§ 3	Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung	3
§ 4	Regelstudienzeit; Studienumfang	4
§ 5	Umfang und Gliederung der Prüfung	4
§ 6	Prüfungsausschuss	5
§ 7	Prüfer und Beisitzer	5
§ 8	Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	5
§ 9	Eignungsprüfung	6
§ 10	Bewertung von Prüfungsleistungen	6
§ 11	Wiederholung von Prüfungsleistungen	7
§ 12	Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	7

II. Fachprüfungen

§ 13	Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen	8
§ 14	Zulassung zu Fachprüfungen	8
§ 15	Durchführung von Fachprüfungen	10
§ 16	Klausurarbeiten	10
§ 17	Mündliche Prüfungen	11

III. Studienbegleitende Leistungsbewertungen

§ 18	Allgemeines	11
§ 19	Leistungsbewertungen als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen (Semesterleistungen - SL)	12
§ 20	Leistungsbewertungen in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind (Leistungsnachweise – LN)	13

IV. Zwischenprüfung; Fachprüfungen und Leistungsbewertungen des Grundstudiums

§ 21	Diplomvorprüfung	13
§ 22	Fachprüfungen und Leistungsbewertungen des Grundstudiums	13

V. Praktisches Studiensemester

§ 23	Praktisches Studiensemester	14
------	-----------------------------	----

VI. Fachprüfungen und Leistungsbewertungen

§ 24	Fachprüfungen und Leistungsbewertungen	15
------	--	----

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 25	Diplomarbeit	15
§ 26	Zulassung zur Diplomarbeit	16
§ 27	Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit	17
§ 28	Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit	17
§ 29	Kolloquium	18

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung; Zusatzfächer

§ 30	Ergebnis der Diplomprüfung	19
§ 31	Zeugnis, Gesamtnote	19
§ 32	Zusatzfächer	20

IX. Schlussbestimmungen

§ 33	Einsicht in die Prüfungsakten	20
§ 34	Ungültigkeit von Prüfungen	20
§ 35	Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	21

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung

- (1) Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluss des Studiums an der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt gemäß § 12 und § 13 BbgHG die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung.
- (2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung stellt die Fachhochschule Lausitz eine Studienordnung auf, die Inhalt und Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis regelt.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad

- (1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums.
- (2) Das zur Diplomprüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 6 BbgHG) dem Studenten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte seines Studienfachs vermitteln und ihn befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten des Studenten entwickeln und ihn auf die Diplomprüfung vorbereiten.
- (3) Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob der/die Studierende die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, methodisch selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.
- (4) Auf Grund der bestandenen Diplomprüfung wird der Hochschulgrad „Diplomingenieur (FH) bzw. Diplomingenieurin (FH)“ verliehen.

§ 3

Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung

- (1) Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird neben der Fachhochschulreife der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gefordert.
- (2) Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn der Studienbewerber die Qualifikation für das Studium durch das Abschlusszeugnis eines Oberstufenzentrums für Technik in einer Fachrichtung, deren Abschluss für den Studiengang einschlägig ist, erworben hat. Studienbewerber, die die Qualifikation eines Oberstufenzentrums für Technik in einer anderen Fachrichtung besitzen, müssen ein Praktikum von acht Wochen nachweisen.

Studienbewerber, die die Qualifikation für das Studium auf andere Weise erworben haben, müssen ein Praktikum von 13 Wochen nachweisen.

(3) Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. Über die Anrechnung entscheidet der Dekan des Fachbereichs.

(4) Acht Wochen des Praktikums sind vor Aufnahme des Studiums abzuleisten, die restlichen fünf Wochen sind zu Beginn des 4. Semesters nachzuweisen.

§ 4

Regelstudienzeit; Studiumumfang

(1) Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von acht Semestern. Die Regelstudienzeit schließt eine von der Fachhochschule begleitete und betreute berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen (Praktisches Studiensemester) und die Prüfungszeit ein.

(2) Das Studium gliedert sich in das Grundstudium und Hauptstudium. Die Zahl der Semesterwochenstunden beträgt (außer der praktischen Arbeit im Industriepraktikum und außer der Diplomzeit) im Pflichtstundenbereich mindestens 150 und im Wahlpflichtstundenbereich mindestens 16. Einzelheiten dazu sind in der Studienordnung geregelt.

§ 5

Umfang und Gliederung der Prüfung

(1) Die Diplomprüfung gliedert sich in studienbegleitende Prüfungen und einen abschließenden Prüfungsteil. Am Ende des Grundstudiums ist eine Diplomvorprüfung abzulegen; das Nähere ergibt sich aus § 21.

(2) Die studienbegleitenden Prüfungen sollen zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das jeweilige Fach im Studium der/des Studierenden abgeschlossen wird.

(3) Der abschließende Teil der Diplomprüfung besteht aus einer Diplomarbeit und einem Kolloquium, das sich an die Arbeit anschließt. Das Thema der Diplomarbeit wird in der Regel zum Ende des siebenten Semesters und so rechtzeitig ausgegeben, dass das Kolloquium vor Ablauf des folgenden Semesters abgelegt werden kann. Das Kolloquium soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Diplomarbeit stattfinden.

(4) Die Diplomprüfung wird ergänzt durch studienbegleitende Leistungsbewertungen, hierbei wird der Nachweis durch die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen geführt. Die für eine solche Leistungsbewertung zu erbringenden Studienleistungen müssen nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig sein.

(5) Die Meldung zum abschließenden Teil der Diplomprüfung (Antrag auf Zulassung zur Diplomarbeit) soll in der Regel vor Ende des siebenten Semesters erfolgen.

(6) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das Studium einschließlich der Diplomprüfung mit Ablauf des achten Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 6

Prüfungsausschuss

Der Dekan ist gemäß § 73 (2) BbgHG verantwortlich für die Studien- und Prüfungsorganisation. Er setzt in Abstimmung mit dem Fachbereichsrat einen Prüfungsausschuss ein. Der Prüfungsausschuss hat mindestens 2 studentische Mitglieder und mindestens 5 Professoren. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt 1 Jahr, die der übrigen 2 Jahre.

§ 7

Prüfer und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Für die Bestellung zum Prüfer gilt § 12 (3) BbgHG.

(2) Die/der Studierende kann für die Beurteilung der Diplomarbeit Prüfer vorschlagen. Auf den Vorschlag des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Der/dem Studierenden werden die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Diplomarbeit, erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 8

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Einschlägige Studienzeiten an anderen Fachhochschulen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen sowie Diplomvorprüfungen in demselben Studiengang werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.

(2) Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden auf Antrag anerkannt, soweit sie gleichwertig sind. Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden. Für die Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Dekan über die Anrechnung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Anrechnung von Praxissemestern und dabei erbrachten Studienleistungen entsprechend.

(4) In staatlich anerkannten Fernstudien erworbene Leistungsbewertungen werden, soweit sie

gleichwertig sind, als Studien- oder Prüfungsleistungen sowie auf die Studienzeiten angerechnet. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(5) Über die Anrechnung nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Dekan im Zweifelsfall nach Anhörung von für die Fächer zuständigen Prüfern.

§ 9

Eignungsprüfung

(1) Beruflich qualifizierte Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung können auf der Grundlage des § 25 (3) BbgHG über eine fachbezogene Eignungsprüfung den Zugang zum Studium erlangen.

(2) Die Prüfung findet einmal jährlich statt. Sie besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Teilprüfung.

§ 10

Bewertung von Prüfungsleistungen und Semesterleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten mit maximal einer Dezimalstelle zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Ist das Prüfungsergebnis aus Ergebnissen von Prüfungen bei Lehrfächern mit unterschiedlichen Umfängen zu ermitteln, ist ein gewichtetes Mittel anzuwenden.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

Note		ECTS-grades
1,0 - 1,5	hervorragend	A – excellent
1,6 - 2,0	sehr gut	B – very good
2,1 - 3,0	gut	C – good
3,1 - 3,5	befriedigend	D – satisfactory
3,6 - 4,0	ausreichend	E - sufficient
4,1 - 5,0	nicht bestanden	FX/F – fail

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

§ 11

Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung können jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in den vorgesehenen Prüfungszeiträumen der auf den erfolglosen Versuch folgenden Semester stattfinden.
- (2) Eine nicht bestandene Prüfung kann zweimal wiederholt werden.
- (3) Die Diplomarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.
- (4) Eine mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.
- (5) Versäumt die/der Studierende, die/der eine Prüfungsleistung nicht bestanden hat, sich zu dem Prüfungstermin des jeweiligen folgenden Semesters anzumelden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass die/der Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat.
- (6) Versäumt eine/ein Studierende/Studierender, die/der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass die/der Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Dekan.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet, wenn die/der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie/er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die/der Studierende die Diplomarbeit nicht fristgemäß abliefern. Wird die gestellte Prüfungsaufgabe nicht bearbeitet oder geht aus der Art der Bearbeitung offenkundig hervor, dass ein ernsthafter Wille zur Lösung der gestellten Aufgabe gefehlt hat, steht das dem Säumnis nach Satz 1 gleich.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Dekan unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der/des Studierenden kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Dekan die Gründe an, so wird der/dem Studierenden mitgeteilt, dass sie/er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann.
- (3) Versucht die/der Studierende, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Eine/ein Studierende/Studierender,

die/der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird die/der Studierende von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann sie/er verlangen, dass diese Entscheidung vom Dekan überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Festlegungen eines Prüfers oder Aufsichtführenden gemäß Satz 1.

II. Fachprüfungen

§ 13

Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen

- (1) In den Fachprüfungen (FP) soll festgestellt werden, ob die/der Studierende Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.
- (2) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die auf Grund der Studienordnung für das betreffende Prüfungsfach vorgesehen sind. Dabei soll ein durch Leistungsbewertungen belegter Wissensstand aus vorangegangenen Studienabschnitten nur insoweit festgestellt werden, als das Ziel der Fachprüfung nach Absatz 1 dies erfordert.
- (3) Die Fachprüfung besteht in einer schriftlichen Klausurarbeit mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden oder in einer mündlichen Prüfung von mindestens dreißig Minuten Dauer. Der Prüfer legt in der Regel mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit im Benehmen mit dem Dekan für alle Studierenden der jeweiligen Prüfung einheitlich und verbindlich fest.

§ 14

Zulassung zu Fachprüfungen

- (1) Zu einer Fachprüfung kann nur zugelassen werden, wer
 1. aufgrund eines Zeugnisses der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife oder aufgrund einer durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkannten Zugangsberechtigung für den Diplomstudiengang an der Hochschule eingeschrieben ist,
 2. eine nach § 3 geforderte praktische Tätigkeit abgeleistet hat,
 3. die als Voraussetzung für die jeweilige Fachprüfung geforderten Semesterleistungen erbracht hat oder bis zu einem vom Dekan festgesetzten Termin erbringt.

Satz 1 Nr. 2 findet keine Anwendung auf Fachprüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan während der ersten drei Semester abgelegt werden sollen.

Die in Satz 1 Nrn. 2 und 3 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Eignungsprüfung nach § 14 (1) BbgHG ganz oder teilweise ersetzt werden.

(2) Die Studierenden können Fachprüfungen des Hauptstudiums, die nach der Studienordnung und dem Studienplan zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen, nur ablegen, wenn sie die Diplomvorprüfung (§ 21) bestanden und das Praxissemester mit Erfolg abgeleistet haben; Absatz 1 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Bei den in Satz 1 genannten Fachprüfungen des Hauptstudiums muss die/der Studierende ferner seit mindestens einem Semester an der Fachhochschule Lausitz als Student eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen sein.

(3) In dem Zulassungsantrag genannte Wahlpflichtfächer, in denen die/der Studierende die Fachprüfung ablegen will, sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt.

(4) Der Antrag (Einschreibung) auf Zulassung ist an den Dekan bis zu dem von ihm festgelegten Termin schriftlich zu stellen.

(5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Dekan festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen und Leistungsnachweise nach § 5 (4) sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Diplomprüfung,
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es der/dem Studierenden nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Dekan gestatten, den Nachweis auf andere Art zur führen.

(6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Fachprüfung kann schriftlich beim Dekan bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(7) Über die Zulassung entscheidet der Dekan.

(8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder

- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Dekan festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) die/der Studierende eine entsprechende Fachprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden oder im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Diplomprüfung oder die Diplomvorprüfung oder eine entsprechende Diplomvorprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat.
- d) die/der Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 15

Durchführung von Fachprüfungen

- (1) Die Fachprüfungen (FP) finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt. Prüfungen können als schriftliche Prüfung (Klausur) oder mündliche Prüfung durchgeführt werden.
- (2) Für jedes Prüfungsfach ist mindestens ein Prüfungstermin im Semester anzusetzen. Er soll in der Regel innerhalb der im zentralen Studienjahresablaufplan festgelegten Prüfungszeiträume liegen.
- (3) Der Prüfungstermin wird der/dem Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben.
- (4) Die/der Studierende hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.
- (5) Macht die/der Studierende durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie/er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Dekan gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Dekan weitere Nachweise fordern.
- (6) Kann die Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft machen, dass sie den Mutterschutz in Anspruch nehmen kann, hat der Dekan zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form und zu anderen Zeiträumen zu erbringen.

§ 16

Klausurarbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten soll die/der Studierende nachweisen, dass sie/er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden ihrer/seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.

(3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest.

§ 17

Mündliche Prüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (§ 7 (1) Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Hierbei wird die/der Studierende in einem Prüfungsfach in der Regel nur von einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete geprüft werden, kann die Prüfung von mehreren Prüfern abgenommen werden. Dabei prüft und bewertet jeder Prüfer nur den seinem Fachgebiet entsprechenden Anteil des Prüfungsfaches. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile vor Beginn der Prüfung gemeinsam fest; bei der Bildung der Note der Fachprüfung gemäß § 10 (3) werden die Bewertungen der einzelnen Prüfer entsprechend der festgelegten Gewichtung der Anteile berücksichtigt.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist der/dem Studierenden unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(3) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Studienbegleitende Leistungsbewertungen

§ 18

Allgemeines

(1) In den studienbegleitenden Leistungsbewertungen soll auf Grund anerkannter oder bewerteter Studienleistungen festgestellt werden, dass die/der Studierende während des Studiums an Lehrveranstaltungen erfolgreich teilgenommen hat. Der Nachweis bloßer Teilnahme an einer Lehrveranstaltung reicht zur Bewertung nicht aus.

(2) Eine unbenotete Leistungsbewertung ist in der Regel erbracht, wenn die Lösung der im Verlauf der Lehrveranstaltung gestellten Aufgaben oder die erfolgreiche Durchführung der praktischen Übungen im Labor oder Praktikum in dem geforderten Mindestumfang anerkannt und durch das Urteil "mit Erfolg teilgenommen" bestätigt worden ist. Den Mindestumfang legt der für die Veranstaltung zuständige Lehrende fest; er gibt die Festlegung zu Beginn des Semesters bekannt.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen durch eine benotete Leistungsbewertung festgestellt werden, muss die geforderte Studienleistung mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertet worden sein. Für die Bewertung gilt § 10 entsprechend. Die Leistungsbewertung kann auch anerkannte Studienleistungen gemäß Absatz 2 und eine bewertete Studienleistung umfassen; aus deren Bewertung ergibt sich zugleich die Note der Leistungsbewertung. Besteht die Leistungsbewertung aus mehreren bewerteten Studienleistungen, ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen.

(4) Für die Erbringung von Studienleistungen findet bei einer körperlichen Behinderung der/des Studierenden die Vorschrift des § 15 (5) entsprechende Anwendung.

§ 19

Leistungsbewertungen als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen (Semesterleistungen - SL)

(1) Als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen sind Leistungsbewertungen in Form von Semesterleistungen (SL) zu erbringen. Die für die Semesterleistungen innerhalb des Semesters geforderten Studienleistungen sollen nach Gegenstand und Anforderung so auf den Inhalt der jeweiligen Lehrveranstaltung bezogen sein, dass die für das Fach vorgesehene Fachprüfung oder die Diplomarbeit ihrem Zweck nach nicht vorweg genommen wird.

(2) Als Semesterleistungen kommen insbesondere schriftliche Ausarbeitungen (Hausarbeiten), gegebenenfalls in Verbindung mit einem Kolloquium, Klausurarbeiten, Referate, Entwürfe, Berechnungen und Konstruktionen, Versuche im Labor oder Praktikum mit schriftlicher Auswertung, Programmierübungen sowie mündliche Leistungen in Fachgesprächen in Betracht. Die Form wird im Einzelfall von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt und zu Beginn des Semesters bekannt gegeben.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung durch eine benotete Semesterleistung festgestellt werden, wird dies von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekannt gegeben.

(4) Versuche zur Erbringung von Semesterleistungen können im Rahmen der regulären Veranstaltungen des Studienfachs wiederholt werden.

§ 20

Leistungsbewertung in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind

(1) In Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, müssen die gemäß § 5 (4) die Diplomprüfung ergänzenden Leistungsnachweise (LN) erbracht werden. Sie dienen dem Nachweis hinreichender Fachkenntnisse im jeweiligen Fach; außerdem soll die Anwendung der Fachkenntnisse und der Methoden des Faches überprüft werden.

(2) Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, beruhen auf bewerteten Studienleistungen, die nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig sind.

IV. Diplomvorprüfung; Fachprüfungen und Leistungsbewertungen des Grundstudiums

§ 21

Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung schließt den ersten Studienabschnitt (Grundstudium) ab. Sie besteht aus den studienbegleitenden Fachprüfungen (FP) des Grundstudiums und wird ergänzt durch die im Grundstudium vorgeschriebenen Leistungsbewertungen gemäß §§ 19, 20. Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn der Student die Fachprüfungen des Grundstudiums bestanden und die Leistungsnachweise des Grundstudiums erbracht hat; die Regelung in § 20 (3) bleibt unberührt. Die Studienordnung und der Studienplan sind so zu gestalten, dass die Diplomvorprüfung am Ende des Grundstudiums vollständig abgelegt sein kann.

(2) Über die abgelegte Diplomvorprüfung stellt der Dekan der/dem Studierenden ein Vordiplomzeugnis aus. Es enthält die Noten der Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums.

(3) Tritt die/der Studierende die Diplomvorprüfung nicht bis zum Ende des dritten Studienjahres an, so hat sie/er sich gemäß § 12 (1) BbgHG einer Pflichtberatung zu unterziehen, die vom Dekan durchgeführt wird.

§ 22

Fachprüfungen und Leistungsbewertungen des Grundstudiums

(1) Die Studienfächer, die im Grundstudium mit einer Fachprüfung oder einem Leistungsnachweis abzuschließen sind, werden in der zugehörigen Studienordnung festgelegt.

(2) Als Zugangsvoraussetzungen für Fachprüfungen können Semesterleistungen (SL) gemäß § 19 gefordert werden.

V. Praktisches Studiensemester

§ 23

Praktisches Studiensemester

- (1) Im Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen (Praktisches Studiensemester) integriert. Das Praktische Studiensemester gliedert sich in praktische Ausbildung und praxisbegleitende Lehrveranstaltungen.
- (2) Das Praktische Studiensemester soll die/den Studierenden an die berufliche Tätigkeit durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in Betrieben oder anderen Einrichtungen der Berufspraxis heranführen. Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten.
- (3) Zum Praktischen Studiensemester wird zugelassen, wer die Diplomvorprüfung bestanden hat.
- (4) Während des Praktischen Studiensemesters wird die Tätigkeit der/des Studierenden durch die Fachhochschule begleitet. Näheres regeln die zugehörige Studienordnung und die Richtlinien des Studienganges Elektrotechnik für das Praktische Studiensemester.
- (5) Die erfolgreiche Teilnahme am Praktischen Studiensemester wird von dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden bescheinigt, wenn
1. ein Zeugnis der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit des Studenten vorliegt,
 2. der Student an den dem Praktischen Studiensemester zugeordneten Begleit- und Auswertungsveranstaltungen regelmäßig teilgenommen und in den Auswertungsveranstaltungen eine Semesterleistung gemäß § 19 erbracht hat,
 3. die berufspraktische Tätigkeit des Studenten dem Zweck des Praktischen Studiensemesters entsprochen und der Student die ihm übertragenen Arbeiten zufriedenstellend ausgeführt hat; das Zeugnis der Ausbildungsstätte ist dabei zu berücksichtigen.

VI. Fachprüfungen und Leistungsbewertungen des Hauptstudiums

§ 24

Fachprüfungen und Leistungsbewertungen

- (1) Fachprüfungen und Leistungsnachweise sind gemäß den Plänen zu erbringen, die die zugehörige Studienordnung für die einzelnen Studienrichtungen enthält.
- (2) Als Zulassungsvoraussetzungen für Fachprüfungen können in den Plänen der zugehörigen Studienordnung Semesterleistungen (SL) gemäß § 19 gefordert werden.
- (3) Bestandteile für Studienleistungen entsprechend § 19 (2) sind gleichfalls die im jeweiligen Studienfach festgelegten Praktika.

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 25

Diplomarbeit

- (1) Die Diplomarbeit soll zeigen, dass die/der Studierende befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus ihrem/seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Diplomarbeit ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer konstruktiven, experimentellen oder einer anderen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. In fachlich geeigneten Fällen kann sie auch eine schriftliche Hausarbeit mit fachliterarischem Inhalt sein.
- (2) Die Diplomarbeit kann von jedem Professor, der gemäß § 7 (1) zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Die Betreuung kann auch von einem Honorarprofessor oder einem Lehrbeauftragten, der mit entsprechenden Aufgaben betraut ist, übernommen werden. Die Diplomarbeit darf mit Zustimmung des Dekans in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Diplomarbeit sowie für den Betreuer zu machen.
- (3) Auf Antrag sorgt der Dekan dafür, dass die/der Studierende rechtzeitig ein Thema für die Diplomarbeit erhält.
- (4) Die Diplomarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 26

Zulassung zur Diplomarbeit

(1) Zur Diplomarbeit kann zugelassen werden, wer

1. die Diplomvorprüfung gemäß § 21 bestanden hat,
2. das Praktische Studiensemester erfolgreich abgeleistet hat,
3. die Fachprüfungen des Hauptstudiums bis auf eine bestanden hat,
4. die Leistungsnachweise des Hauptstudiums bis auf einen erbracht hat.

Die Ausnahmen in Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 gelten nicht für die Prüfung in einem Fach, das vom Thema der Diplomarbeit wesentlich berührt wird.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Dekan zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Diplomarbeit und zur Ablegung der Diplomprüfung und gegebenenfalls einer Vor- oder Zwischenprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Diplomarbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Dekan. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Diplomarbeit der/des Studierenden ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet worden ist oder die/der Studierende eine der in Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 genannten Prüfungen endgültig nicht bestanden hat oder einen Leistungsnachweis endgültig nicht erbracht hat oder
- d) wenn die/der Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 27

Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit

- (1) Die Ausgabe der Diplomaufgabe erfolgt über den Dekan. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Dekan das von dem Betreuer der Diplomaufgabe gestellte Thema der/dem Studierenden bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (2) Der Zeitraum für die Bearbeitung der Diplomaufgabe (Ausgabe der Diplomaufgabe bis Abgabe der Diplomarbeit) beträgt drei Monate. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Diplomarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann der Dekan auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen verlängern. Der Betreuer der Diplomarbeit soll zu dem Antrag gehört werden.
- (3) Das Thema der Diplomarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 11 (3) ist die Rückgabe nur zulässig, wenn die/der Studierende bei der Anfertigung seiner ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.
- (4) Im Fall einer körperlichen Behinderung der/des Studierenden findet § 15 (5) entsprechende Anwendung.

§ 28

Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

- (1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß beim Dekan abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat die/der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie/er ihre/seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
 - (2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer der Diplomarbeit sein. Der zweite Prüfer wird vom Dekan bestimmt; im Fall des § 25 (2) Satz 2 muss der zweite Prüfer ein Professor sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt.
- Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Dekan ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Diplomarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

§ 29

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Diplomarbeit und ist selbständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob die/der Studierende befähigt ist, die Ergebnisse der Diplomarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Diplomarbeit mit dem Kandidaten erörtert werden.

(2) Zum Kolloquium kann die/der Studierende nur zugelassen werden, wenn

1. die in § 26 (1) genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Diplomarbeit nachgewiesen sind, die Einschreibung als Student oder die Zulassung als Zweithörer vorliegt,
2. alle Fachprüfungen bestanden und alle vorgeschriebenen Leistungsnachweise erbracht sind,
3. die Diplomarbeit mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung ist an den Dekan zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Dekan nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie darüber, ob einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird, beizufügen. Die/der Studierende kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Diplomarbeit (§ 26 (2)) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuss vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im Übrigen § 26 (4) entsprechend.

(3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung (§ 17) durchgeführt und von den Prüfern der Diplomarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 28 (2) Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Diplomarbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert mindestens dreißig Minuten. Bei einem Gruppenkolloquium erhöht sich die Zeitdauer entsprechend. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im Übrigen die für mündliche Fachprüfungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung; Zusatzfächer

§ 30

Ergebnis der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Fachprüfungen gemäß § 13 bestanden sowie die Diplomarbeit und das Kolloquium jeweils mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.

(2) Die Diplomprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 benannten Prüfungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder als "nicht ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Diplomprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 11 (5) wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt Dekan der nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Diplomprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass die/der Studierende die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden oder ihren/seinen Prüfungsanspruch gemäß § 11 (5) verloren hat.

(3) Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, wenn die/der Studierende vorgeschriebene Leistungsnachweise gemäß § 20, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, endgültig nicht erbracht hat.

§ 31

Zeugnis, Gesamtnote

(1) Über die bestandene Diplomprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Fachprüfungen, das Thema ggf. in einer Kurzfassung und die Note der Diplomarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Diplomprüfung. In dem Zeugnis werden ferner die Leistungsnachweise gemäß § 20 in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung waren, die dabei erzielten Noten und das erfolgreich abgeleistete Praxissemester aufgeführt. Die gewählte Studienrichtung ist im Zeugnis kenntlich zu machen; dies gilt auch für Prüfungsleistungen nach Satz 2 und Leistungsnachweise nach Satz 3, die an einer anderen Hochschule, erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind.

(2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der in Absatz 1 genannten Einzelnoten gemäß § 10 (3) gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Diplomarbeit zweifach
Kolloquium einfach
Durchschnitt der Noten der Fachprüfungen und
der Leistungsnachweise zusammen siebenfach

Zur Bildung des Durchschnitts der Noten der Fachprüfungen und der Leistungsnachweise wird jede Fachprüfung zweifach und jeder Leistungsnachweis einfach gewichtet.

(3) Das Zeugnis ist mit dem Prägestempel der Hochschule zu siegeln und vom Dekan zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung (Diplomkolloquium) erbracht worden ist.

(4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der Kandidat die Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Die Urkunde wird vom Präsidenten und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

§ 32

Zusatzfächer

(1) Die/der Studierende kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer). Das Ergebnis dieser Fachprüfungen wird auf Antrag der/des Studierenden in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Das gleiche gilt für die Erbringung von zusätzlichen Leistungsnachweisen gemäß § 20.

(2) Als Prüfung in Zusatzfächern gilt auch, wenn die/der Studierende aus einem Katalog von Wahlpflichtfächern mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Fachprüfungen abschließt. In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Fachprüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, dass die/der Studierende vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

IX. Schlussbestimmungen

§ 33

Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der/dem Studierenden auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt.

(2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses möglich. Ort und Zeit der Einsichtnahme werden bekannt gegeben.

§ 34

Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat die/der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 (2) Satz 3 bekannt, so kann der Dekan nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die/der Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Diplomprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 (2) Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung getilgt. Hat die /der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Fachprüfung für „nicht ausreichend“ und die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 30 (2) Satz 3 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 (2) Satz 3 ausgeschlossen.

§ 35

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) Diese geänderte Fassung der Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

(2) Studierende, die bei Inkrafttreten dieser geänderten Fassung der Prüfungsordnung eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen waren, schließen ihr Studium nach dieser geänderten Fassung ab.